

971/18/VIII

328 Bad Pyrmont 8.4.75.

An den

Landtag von Niedersachsen

3 H a n n o v e r



Betr.: Erörterungstermin für das geplante Atomkraftwerk
Grohnde am 3/4. Oktober 1974 in der Weserbergland-
festhalle in Hameln

P E T I T I O N

Gemäß Artikel 17 GG
des Unterzeichnenden

328 Bad Pyrmont

wegen monatelanger
Untätigkeit und Fehlentscheidung des Ministers
für Soziales des Landes Niedersachsen
Herrn Greulich.

Begründung

1. Mit Schreiben vom 4. November 1974. auf das ich mich im
einzelnen beziehe, habe ich bei Herrn Minister Greulich
Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Leiter des
Erörterungstermins in Sachen Grohnde,
Herrn Ministerialrat Friedrich V a u p e l
erhoben, mit dem Antrag:
 - I. Herrn Ministerialrat Vaupel zu rügen.
 - II. Den unzulänglichen Erörterungstermin vom 3/4.10.74
unter ^{Aus-}Schluss von Herrn Vaupel als Verfahrensleiter
und unter ordnungsgemäßen Voraussetzungen zu wieder-
holen.
 - III. Herrn Vaupel auch von der Leitung künftiger Erör-
terungstermine

2. Ich bemängele, daß Herr Minister Greulich
- ohne eine übliche Eingangsbestätigung - (m.Schrb.v 4.11.74.
erst mit Schreiben vom 13.2.75. (II-22.51.52 (3) über
meine Dienstaufsichtsbeschwerde am 13.2.75. entschieden hat
und seine Fehlentscheidung mit unzutreffenden Behauptungen
zu begründen versuchte.

Jeder Ressortminister ist verpflichtet,
Angelegenheiten, über die er in seinem Zuständigkeitsbereich
verantwortlich zu befinden hat,
sachlich, zügig und sorgfältig mit dem Ziel eines
tatsachengetreuen Ergebnisses zu bearbeiten.
Das gilt vor allem für Beschwerden über einen Beamten
seines Ministeriums.

Gerade in der Auseinandersetzung um die industrielle Anwen-
dung von Atomenergie sollte - bei mannigfachen Beweisen für
die einseitig-unsachliche Haltung der Behörden - ein
Ressortminister nachdrücklich um eine objektive Haltung
bemüht sein, um dem Vertrauensschwund entgegenzuwirken, der
in Sachen Grohnde
durch das Fehlverhalten seiner Beamten in der Öffentlichkeit
entstanden ist.

Ich beziehe mich u.a. auf die harte Kritik des Bundestags-
Abgeordneten Dr. Herbert Gruhl Barsinghausen im Bundestag
am 14.März 1975 (Seite 10885 des Protokolls):

"Die bisherigen Anhörverfahren sind zu einer Farce
geworden. Beispielfhaft erinnere ich an verschiedene
Anhörverfahren in Norddeutschland
z.B. in Hameln für das Kernkraftwerk Grohnde "!

Dieses abwertende Urteil hätte Herr Minister Greulich
aber auch der Tonbandaufnahme vom Termin und auch der
Tagespresse vom 4.10.74. (Deister und Weser Zeitung /
Pyrmonter Nachrichten) entnehmen können.
Herr Greulich hat sich also nicht mit der notwendigen
Sorgfalt meiner Dienstaufsichtsbeschwerde gewidmet.

Ich bitte den Landtag um Auskunft :

Billigt es das Parlament, daß Herr Minister Greulich eine

Dienstaufsichtsbeschwerde gegen einen leitenden Ministerialrat seines Ministeriums

über vier Monate lang auf sich beruhen und nicht einmal den Eingang bestätigen läßt,

obwohl in Sachen Atomenergie schon in Hinblick auf das wachsende Mißtrauen der Bevölkerung ein in jeder Hinsicht besonders korrektes Verhalten des Ministers angebracht wäre.

Dieser zurückweisende Bescheid dann vom 13.2.75. als "ungerechtfertigte Beschwerde" deklariert , spricht nicht für die Objektivität des Herrn Greulich.

Die Bemerkungen Seite 1 und Seite 2 des Schreibens vom 13.2.75. sind durchweg unzutreffend.

Der Vertreter des Staatssekretärs (gez. Giebe) hätte sich vor Konzipierung dieser fadenscheinigen Antwort erst hinreichend mit der Materie befassen müssen.

In der Anlage füge ich eine Anzahl von groben Verstößen im Anhörtermin gegen den Auftrag des § 3 Abs. 2 S. 2. der Atomanlagen-Verordnung hier an.

Anlage.

Mit vorzüglicher Hochachtung



Anlage zur

P E T I T I O N

vom 8. April 1975 an den

Landtag von Niedersachsen.

I. Das unqualifizierbare Verhalten von Ministerialrat Vaupel am 3. und 4. Oktober 1974 im Erörterungstermin Grohnde:

Die Presse (Deister und Weser Zeitung vom 4.10.) berichtete über den 1. Verhandlungstag:

2.// Herr Vaupel, der in der ersten Stunde seines schwierigen Auftritts alle seine wenigen psychologischen Register zu ziehen versuchte -

- von der harten, autoritären Tour über die desinteressierte bis zu der ausgenommen höflich zuvorkommenden - entschuldigte sich für die äusseren Umstände " .

Dieselbe Zeitung erklärte (in ihrer Ausgabe vom 5.10.74.) zum 2. Verhandlungstag:

" Ein eindeutiges Bekenntnis zum Bau von Atomkraftwerken hat der Leiter des Erörterungstermins, Friedrich Vaupel abgegeben.

" Regisseur Vaupel (mit Photo): Nach einem turbulenten ersten Anhörtag hatte er es gestern leichter.

" Herr Vaupel war es auch, der einen völlig neuen Vergleich für die Beurteilung eines über den angeblich für die Umwelt ungefährlichen GaU hinaus gehenden Unfall in die Debatte warf:

" Niemand habe das Recht zu glauben, daß dieses Ereignis irgendwann bevorstände, wenn er es nicht beweisen könne". (!) und:

" Ich verstehe nicht, daß man sich den Kopf darüber zerbricht, daß uns durch die Kernkraft irgendwas in 17 000 Jahren passieren könnte ... könnte " .

Der Chefredakteur schloß seine Betrachtung:

" Die Grundsatzfrage über das Risiko, mit dem Atom zu leben, blieb also offen. Sie scheint eine Glaubensfrage zu sein".

Aus eigener Beobachtung:

Die ersten Stüden des 3. Oktobers waren angefüllt mit Einwendungen gegen die unzulängliche Bekanntmachung im Gefahrenraum gemäß dem Atomgesetz,
gegen die Tagesordnung, gegen die hartnäckige Ausschließung der Themenkreise "Atommüll und Wiederaufbereitung einschließ-
lich der Zwischenlagerung beim Kernkraftwerk und den Transporten von und nach Grohnde" wogegen sich Herr Vaupel in seiner Phase "der harten, autoritären Tour" kategorisch wehrte, obwohl Prof. Bechert ihm bedeutete, daß das Atomkraftwerk ein Ganzes sei;
gegen die Auslegung von nur dem Sicherheitsbericht der Antrag-
steller, aber ohne das dazugehörige Sicherheitsgutachten des TÜV und ohne den Katastrophenplan;
gegen die unzureichende Vorsorge im Theater
hinsichtlich der Platz-, Beleuchtungsmisère und der fehlenden Saalmikrophone.

Herr Vaupel hatte entweder noch keinen Erörterungstermin erlebt, oder diese Mängel waren vorsätzlich eingebaut.

In den Erörterungsterminen war es bis dahin üblich, daß die Einwender von einem Rednerpult auf der Bühne sprechen konnten; im Hamelner Termin sollten die Einwender - an die Steilwand der Bühne angelehnt - in ein hinter gehaltenes Mikrophon sprechen.

Erst auf stürmische Proteste wurden diese selbstverständlichen Vorsorgen nachgeholt, Herr Vaupel entschuldigte sich, und die Einwender erklärten sich bereit unter Vorbehalt dem Termin weiterhin wahrzunehmen.

Jedoch blieb die Lautsprecheranlage ein Kuriosum: Der Operateur auf der Bühne - nahe dem Herrn Vaupel sitzend - manipulierte mal zu laut, mal zu leise, je nachdem, wie es die Situation zu erfordern schien.

Bei bohrenden Fragen an Herrn Vaupel antwortete dieser - am Mikrophon vorbeisprechend und bei leiser Tonlage, unverständlich im Theatersaal.

Es besteht bei vielen Zuhörern die Vermutung, daß das Tonband nicht die Gesamtsituation der Vorgänge erkennen läßt.

Das Gutachter-Problem

Es wurde von zahlreichen Einwendern bemängelt, daß fast nur "abhängige TÜV-Angehörige" die gutachtlichen Äusserungen abgaben; daß jedoch "unabhängige Gutachter" offensichtlich nicht geladen waren.

In meinem Einwendungsschreiben vom 29. Juni 1974 - das nach Angabe von Herrn Vaupel das zuerst eingegangene gewesen sei - hatte ich auf Seite 12 geschrieben:

"Meine hier vorgetragenen Einwendungen gegen das beantragte Kernkraftwerk Standort Grohnde bitte ich, bei den Vorbereitungen zum 3. Oktober zu berücksichtigen.

"Damit dieser Erörterungstermin nicht zur Farce wird sondern die große Problematik des 1 300 MW Kernkraftwerkes bei Grohnde wirklich transparent vor der Öffentlichkeit diskutiert werden kann, bitte ich - gemäß Seite 7

um Ladung von unabhängigen Sachverständigen".

Und auf Seite 7 hieß es:

Zum Erörterungstermin am 3. Oktober scheint es unerlässlich, unabhängige Wissenschaftler den bisher bei Erörterungsterminen permanent aufgebauten abhängigen Gutachtern gegenüber zu stellen damit es eine echte Erörterung werden kann.

Z.B. wären dazu zu laden:

Prof. Dr.-Ing. Bachl, München (ehemaliger Direktor der El-Werke)

Prof. Dr. Karl Bechert, Gau Algesheim

Prof. Dr.-Ing. Klöppel TU Darmstadt

Prof. Dr. Rudolf Schulten Kernforschungszentrum Jülich .

Keiner der vorgeschlagenen Wissenschaftler vom Fach wurde geladen.

Meine Frage an Herrn Vaupel am 3.10. wurde - im Saal unverständlich beantwortet. Auch als kurz darauf ein Röntgenarzt aus Bremen dieselbe Frage an Herrn Vaupel stellte, gab der Lautsprecher nichts her!

Das Gutachter-Problem, bzw. die Misère wurde wiederholt im Bundestag (am 14.3.75. Seite 10885 von Dr. Gruhl Barsinghausen) und in der öffentlichen Anhörung in Bonn (2./3.12.74. Seiten 74 und 100 des Protokolls Nr 52) mit aller Deutlichkeit kritisiert.

Der Erörterungstermin vom 3./4.10.74. war ein Musterbeispiel, wie es nicht gehandhabt werden sollte.

Eine kleine Scene beleuchtet die Situation und die Parteinahme von Herrn Vaupel:

Dr. Lauer, Leiter der Rechtsabteilung der Preag rief dem Vertreter von 12 000 Einwendern, Herrn Schirr seinen Kaugummi von der einen Seite auf die andere schiebend - lauf quer durch den Saal zu; "Setzen Sie sich"! Ministerialrat Vaupel ließ dies ungerügt geschehen, als ob er nichts gehört hätte- .

Die Befangenheit von Herrn Vaupel, die Einseitigkeit seiner Haltung wurde von mehreren Teilnehmern kritisiert, sowohl am 3. als auch am 4.10.

Am Abend des 3.10. ließ Herr Vaupel das Tongerät und Mikrophon abschalten, damit Herr Schirr seinen Gegenⁿtrag - ohne eine nochmalige Pause zu Ende zu verhandeln - nicht vortragen konnte.

Am 4.10. rügte auch Herr Dr.med. Kater, Hameln, die Befangenheit des Herrn Vaupel.

II. Zusammenfassend ist aus diesen wenigen Beispielen über das fehlerhafte Verhalten von Herrn Ministerialrat Vaupel zu erkennen, daß ~~dieser~~ - nicht wie im Schreiben des Herrn Sozialminister vom 13.2.75. erklärt wurde,

"die Erörterung unparteilich durchgeführt" worden sei und daß er nicht gemäß dem Auftrag des § 3 Abs.2.S2 der Atom-anlagen-Verordnung gehandelt hat.

Der Hinweis darauf, daß noch während der Verhandlung von einem namhaften Einwender die "unparteiliche Verhandlung" von Herrn Vaupel anerkannt worden sei, kann sich nur auf Herrn Professor Haverbeck, den Präsidenten des Weltbundes zum Schutze des Lebens, Vlotho beziehen, der verspätet, erst in der 2. Phase des "desinteressierten und dann höflich zuvorkommenden Herrn Vaupel eintrag und nichts von der "harten, autoritären Tour" am Beginn wußte.

gez. [REDACTED]

DER NIEDERSÄCHSISCHE SOZIALMINISTER

Postanschrift: Der Niedersächsische Sozialminister, 3 Hannover, Postfach 141

Herrn

328 Bad Pyrmont

Bitte mein Zeichen in der Antwort angeben

Ihr Zeichen und Tag

Fernruf-Durchwahl

Mein Zeichen

Hannover

190

5.12.1975

Betreff

Ihre Eingabe vom 8.4.1975 an den Präsidenten des Nieders.
Landtags betr. Planung eines Atomkraftwerkes in Grohnde

Sehr geehrter Herr

Der Niedersächsische Landtag hat in seiner 27. Sitzung vom 22.10.1975 Ihre o.a. Eingabe beraten und verfügt, Sie über die Sach- und Rechtslage zu unterrichten.

In der Eingabe vom 8.4.1975 beziehen Sie sich auf Ihre Dienstaufsichtsbeschwerde vom 4.11.1974 gegen den Beamten meines Hauses, Herrn Ltd. MR Friedrich Vaupel, wegen dessen Leitung des im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren Kernkraftwerk Grohnde durchgeführten Erörterungstermins am 3. und 4.10.1974 in Hameln. Die Begründung der Dienstaufsichtsbeschwerde vom 4.11.1974 haben Sie im wesentlichen in der Anlage Ihrer Eingabe vom 8.4.1975 wiederholt und um einige Punkte erweitert.

Mit Schreiben vom 13.2.1975 habe ich Ihre Dienstaufsichtsbeschwerde auch unter Anlegung strenger Maßstäbe an das Verhalten eines Beamten meines Hauses in der vorgenommenen Weise als ungerechtfertigt zurückgewiesen. Aus Ihrer Eingabe ergeben sich keine neuen Gesichtspunkte, so daß der zurückweisende Bescheid vom 13.2.1975 mit seinen Bemerkungen unverändert Gültigkeit hat.

Ich stelle nach sorgfältiger Prüfung fest, daß der Herr Leitende Ministerialrat Vaupel den Erörterungstermin vom 3./4.10. 1974 ordnungsgemäß geführt hat.

Den Vorwurf einer Fehlentscheidung weise ich als ungerechtfertigt zurück.

Ebenso ist der Vorwurf monatelanger Untätigkeit als ungerechtfertigt zurückzuweisen. Die gesamte Erörterung ist zur Protokollierung auf Tonband aufgenommen und anschließend vom Tonband niedergeschrieben worden. Wegen einer Gesamtsprechdauer von ca. 16 Stunden konnte die Abschrift erst im Januar 1975 fertiggestellt werden. Obwohl aufgrund Ihrer Dienstaufsichtsbeschwerde bereits auszugsweise die entsprechenden Äußerungen des Ltd. MR Vaupel niedergeschrieben worden waren, habe ich die Beantwortung der Dienstaufsichtsbeschwerde erst nach sorgfältiger Durchsicht der 316 Seiten umfassenden Gesamtniederschrift am 13.2.1975 beschieden.

Zu der von Ihnen angesprochenen Frage der Gutachter teile ich Ihnen mit, daß von der Genehmigungsbehörde gem. § 20 des Atomgesetzes Sachverständige herangezogen werden können, die aufgrund ihrer Fachkenntnisse die Behörde beraten. Die Hinzuziehung von Sachverständigen ist nicht zwingend vorgeschrieben, vielmehr steht es im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde, von der Möglichkeit Gebrauch zu machen. Ihre Auswahl obliegt der Genehmigungsbehörde, die besonderen Wert auf Unabhängigkeit und fachliche Kompetenz legt. Die Stellung und Verantwortlichkeit der Sachverständigen ergibt sich im Übrigen aus den allgemeinen Grundsätzen des Verwaltungsrechts.

Die Aufwendungen und Vergütungen für die Sachverständigen sind gem. § 21 Atomgesetz vom Antragsteller zu erstatten. Von Einwenderseite wird hieraus unberechtigtweise der Vorwurf der Abhängigkeit der Sachverständigen begründet und die Einschaltung von eigenen Gutachtern gefordert.

Im Genehmigungsverfahren für das Kernkraftwerk Grohnde wird jedoch keine Veranlassung gesehen, zu den bereits herangezogenen Sachverständigen weitere Sachverständige einzuschalten. Den Einwendern wurde jedoch im Erörterungstermin ausreichend Gelegenheit gegeben, ihre Argumente durch eigene Sachverständige vortragen zu lassen.

Die Äußerungen und Gutachten der im Genehmigungsverfahren beigezogenen Sachverständigen sind grundsätzlich nur für die Behörden bestimmt. Die Gutachten gehören nicht zu den Unterlagen, die gem. § 2 der Atomanlagenverordnung öffentlich auszulegen sind.

Hochachtungsvoll

Im Auftrage

gez. [REDACTED]



Beglaubigt:

[REDACTED]
Angestellte